

Überbetonung der Kontrollmaßnahmen auszuweichen.

An der Spitze der sowjetischen Vorschläge rangierte der Bedeutung gemäß der Vorschlag, die furchtbare Gefahr, die durch die Anwendung bzw. allein schon durch die Erprobung von Massenvernichtungswaffen über der Menschheit schwebt, zu beseitigen. Daneben spielten Fragen der Abrüstung sogenannter konventioneller Waffen, der Reduzierung von Streitkräften, der Aufgabe von Stützpunkten auf ausländischem Territorium eine Rolle. Neben den Vorschlägen zu praktischen Abrüstungsmaßnahmen schlug die Sowjetunion weiter vor, einen Nichtangriffspakt zwischen den NATO-Staaten und den Mitgliedern des Warschauer Vertrages abzuschließen und auf der Ebene der Regierungschefs eine Konferenz zu Abrüstungsfragen einzuberufen, an der alle interessierten Staaten das Recht zur Teilnahme haben sollen.

Wie ernst es der Sowjetunion mit ihren Vorschlägen ist, beweist nicht nur ihr zäher Kampf um Abrüstung — das beweisen auch ihre Abrüstungsmaßnahmen, die ohne internationale Abmachungen bereits vorgenommen wurden. Auf der Grundlage der hier angeführten Vorschläge reduzierte die Sowjetunion ihre Streitkräfte um 1,84 Millionen Mann, kürzte den Militär et at um 10 Milliarden Rubel und gab die beiden einzigen Militärstützpunkte auf ausländischem Territorium, Port Arthur und\* Porkkala Udd, auf.

Entsprechende Maßnahmen trafen die volksdemokratischen Staaten. Freiwillig reduzierte z. B. die Deutsche Demokratische Republik die Nationale Volksarmee auf 90 000 Mann und verzichtete auf die allgemeine Wehrpflicht. Während die Ausgaben in Westdeutschland für die im Aufbau befindliche 500 000-Mann-Armee auf der Grundlage der Wehrpflicht gegenwärtig bereits rund ein Drittel der Ausgaben des Staatshaushalts schlucken, betragen die entsprechenden Ausgaben für das Jahr 1957 in der DDR nur 2,6 Prozent des Staatshaushalts.

Auf immer neue Weise hat die Sowjetunion die Initiative auch außerhalb der offiziellen Verhandlungen in den UN-

Ausschüssen ergriffen. So forderte der Oberste Sowjet der UdSSR am 10. Mai d. J. die Parlamente der anderen Großmächte auf, von ihren Regierungen zu verlangen, daß die Kernwaffenversuche eingestellt werden. Zugleich wurde vorgeschlagen, ein interparlamentarisches Organ der USA, Großbritanniens und der UdSSR zu bilden, um in dieser Richtung zu wirken. Das Auftreten des Obersten Sowjets zeigte erneut, daß die Völker in aller Welt in der Sowjetunion den Sprecher für ihre berechtigten Abrüstungsforderungen haben.

Die ständigen Vorschläge der Sowjetregierung, insbesondere die vom 17. November 1956, führten dazu, daß unter dem Druck der Massen bei den Westmächten die zunächst einheitliche Haltung aufgerissen wurde. In England und Frankreich verlangten Zeitungen und politische Kreise, den sowjetischen Vorschlägen in vernünftiger Weise zu begegnen. Auf einer Separatkonferenz, auf der die Antwort auf die sowjetischen Vorschläge ausgearbeitet werden sollte, machten England sowohl als Frankreich eigene Vorschläge, die nicht in allen Teilen die Billigung der USA fanden. Auch in den USA selbst begannen sich bestimmte Fronten herauszuschälen. Es zeigte sich, daß die Bäume auch hier nicht in den Himmel wachsen und die USA-Monopolisten nicht ungehindert aufrüsten können. In der Budgetdebatte erwies sich, daß die Stimmung des amerikanischen Volkes im Parlament ihren Niederschlag fand in der Weigerung, noch höhere Steuern für den oben genannten Rüstungsetat zu zahlen, abgesehen von der auch dort wachsenden Erkenntnis der Gefahr, in die ein Atomkrieg die USA bringen würde.

Auf der 11. Vollversammlung der UN konnte die amerikanische Gruppe noch verhindern, daß praktische Beschlüsse zu Abrüstungsfragen gefaßt wurden. Aber eine unter Mitwirkung der Sowjetunion ausgearbeitete Resolution, die den Abrüstungsausschuß beauftragte, seine Tätigkeit aufzunehmen, fand einhellige Billigung. Auf der Grundlage dieser Resolution begannen am 18. März in London die Verhandlungen im Abrüstungsausschuß. Sie erreichten ihren Höhepunkt